

# AK Nuklearer Notfallschutz Fessenheim

IPPNW-Regionalgruppe Freiburg

Fukushima-nie-vergessen e.V.

E-mail: [AK-nuklearer-Notfallschutz-Fessenheim@gmx.de](mailto:AK-nuklearer-Notfallschutz-Fessenheim@gmx.de)

15. Juni 2018

An Frau Bürgermeisterin Gerda Stuchlik, Freiburg, Fax 0761/201-2098

und

Herrn Dr. Klaus von Zahn, Leiter des Umweltschutzamtes Freiburg, Fax 0761/201-6199

**Per Fax**

Nachrichtlich: Als „Offener Brief“ an die Lokalredaktion der Badischen Zeitung Herrn Uwe Mauch

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Stuchlik, sehr geehrter Herr von Zahn,

Wir sind Mitglieder der hiesigen Regionalgruppe der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.) sowie des Vereins Fukushima-nie-vergessen e.V. und setzen uns seit vielen Jahren für die Abschaltung des Kernkraftwerks Fessenheim ein. Wir wissen, dass die Stadt und der Gemeinderat Freiburgs dies ebenso fordern, wie auch Sie selbst dies öffentlich getan haben.

Wir schreiben Ihnen zu einem Zeitpunkt, bei dem Sie in der Mitgliederversammlung der TRAS vom 11.06.2018 in Basel mit Recht die Frage nach der fälligen 10-Jahresrevision gestellt haben: Wozu eine Revision in einem AKW, das zeitnah stillgelegt werden soll?! Andererseits fanden nahezu gleichzeitig auf französischer Seite Notfallübungen im 5-km-Umkreis des AKWs statt, die die deutsche Seite nur marginal einbezogen. Nach einem Bericht der Badischen Zeitung vom 13.06. werden diese Übungen vom Colmarer Präfekten Laurant Touvet geradezu zynisch kommentiert: „Es gibt immer etwas, was optimiert werden kann!“ – Als ginge es dabei um die Überwachung einer konventionellen Industrieanlage!

Welche Gefahren uns durch das AKW Fessenheim drohen, wurde uns allen durch das Gutachten von Dr. André Herrmann, das dieser im Auftrag der TRAS angefertigt und in einer Pressekonferenz vom 27.09.2017 in Freiburg erläutert hatte, drastisch vor Augen geführt. Er wies detailliert nach, dass das AKW Fessenheim in mehrfacher Hinsicht nicht den notwendigen Sicherheitsanforderungen genügt und die Gefahr einer durch einen Unfall, ein Erdbeben oder eine Überflutung ausgelösten Kernschmelze real ist und keine nur hypothetische Bedrohung darstellt.

Auf der o.g. Mitgliederversammlung der TRAS hat er nochmals dargestellt, wie von Seiten der EdF und der ASN die Gegebenheiten verschleiert, von ihm angeforderte Dokumente in Salamtaktik nur scheinbar freigegeben werden. Auch der Vortrag von Prof. Laroche Lambert zu Fessenheim und der französischen Atompolitik hat unser mangelndes Vertrauen in die Verantwortlichen der Betreibergesellschaft (EdF) und der französischen Aufsichtsbehörde (ASN) eher noch weiter verstärkt.

In Aachen hat eine engagierte Gruppe von IPPNW-Ärzten schon vor einigen Jahren auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die von den in Belgien angrenzenden AKWs Tihange und Doel ausgehen. Sie konnten unter anderem erreichen, dass dort z.B. Jodtabletten von der Stadt Aachen auf entsprechende Anforderung an die Bürger ausgegeben werden. Darüber hinaus haben sie durch Vorträge in Schulen und Kindergärten über die Folgen eines nuklearen Unfalls aufgeklärt und entsprechende Schutzmaßnahmen gefordert. Am 13. und 14. April diesen Jahres fand in Aachen ein internationaler Kongress zu den Folgen eines atomaren Störfalls in der Region durch die International Nuclear Risk Assessment Group (INRAG) statt, über die regional und überregional berichtet wurde.

Da wir der realen Bedrohung unserer Region durch einen Störfall nach INES 7 nicht tatenlos zusehen wollen, haben wir in mehreren Briefen (Mails vom 23.09.2017, 06.10.2017 und 29.10.2017 an das RP) und einem Gespräch im RP mit Frau Klein, Herrn Ringhof und Herrn Hosp gefordert, entsprechende Vorkehrungen, wie sie in Aachen getroffen wurden, auch für unsere Region zu veranlassen. Bisher haben wir von keiner Stelle eine überzeugende Antwort erhalten. Auch wenn das Szenarium eines nuklearen Notfalls letztlich nicht plan- und kontrollierbar ist, ist eine aktiv informierte Bevölkerung doch besser darauf vorbereitet. Eine sofortige Schließung des AKWs in Fessenheim wird von uns natürlich dessen ungeachtet weiter gefordert. Leider zeigt aber die Erfahrung, dass die bisher angekündigten Schließungstermine immer wieder hinausgeschoben wurden. Deshalb wenden wir uns an Sie mit der dringenden Bitte, sich dieser Sache von Seiten der Stadt und des Gemeinderats vordringlich anzunehmen und alle der Stadt zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuloten, wie dieser, die Bewohnbarkeit unserer Region bedrohenden, Gefahr am wirkungsvollsten und schnellsten begegnet werden kann.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Wir erkennen Ihre bisherigen Bemühungen an und wissen, dass wir zusammen das gleiche Ziel verfolgen. Deshalb sind wir daran interessiert, dass hier möglichst viele am selben Strang ziehen. Wir möchten, dass breite Teile der Bevölkerung sich an diesem Prozeß beteiligen. Dazu können die Aktivitäten in Aachen ein Vorbild sein! In diesem Sinne hoffen wir weiter auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen und sind gespannt auf Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hermann Maier  
(für den AK Nuklearer Notfallschutz Fessenheim)

Dr. Hermann Maier  
Scheffelstr. 59  
79102 Freiburg  
Tel. 0761/75249